

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christl. Bundest.)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 8. Berlin, Mittwoch, 29. Januar 1908. Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten. — Die Christl. Bundest. Gewerksvereine und die Maschinenfabrik Augsburg. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten.

Am Sonnabend morgen traten im weißen Saale des Verbandshauses in Berlin die Führer der Gesamtorganisation zusammen, um über die Mittel und Wege zu beraten, wie die vom engeren parlamentarischen Ausschuss gemachten Vorschläge zur praktischen Durchführung des vom Verbandstage zusammengestellten Programms in die Tat umgesetzt werden sollen. Sämtliche Gewerksvereine waren auf der Konferenz außer durch die Zentralratsvertreter auch durch Mitglieder des Generalrats vertreten; nur der Generalrat der Löhner hatte bedauerlicherweise eine Besichtigung der Konferenz abgelehnt. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Zentralratsvorsitzenden, Kollegen Hartmann, gab der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt einen Überblick über die Beschlüsse des letzten Verbandstages und die daraus sich ergebenden Aufgaben der Organisation. Zweck der Konferenz sei, die in Erfüllung der neuen Aufgaben gemachten Vorklagen zu beraten. Alle Versammelten seien gewiß durchdrungen von der Ueberzeugung, daß sie einer großen und gerechten Sache dienen; möge darum auch ihr Wille von dem Gebanten befeuert sein, daß in der gesamten Organisation alle Kräfte einzusetzen sind, um mit den neuen Beschlüssen erfolgreich und wirksam die Interessen der in den Gewerksvereinen organisierten Arbeiter zu fördern.

Das Referat über die prinzipiellen Leitsätze erstattete Kollege Erkelens, der zunächst die Schwierigkeiten schilderte, die uns in der Agitation begegnen, ihre Gründe darlegte und die Forderungen erläuterte, die sich daraus ergeben, um die vorhandenen Mißstände zu beheben. Er wies darauf hin, daß die vorgelegten Leitsätze nur die Richtschnur bilden sollen, nach der wir die im Programm nochmals zusammengeschafften Prinzipien der Deutschen Gewerksvereine verwirklichen müssen; sie bilden gewissermaßen nur die Ergänzung des Programms nach der praktischen Seite hin. Nach kurzer Begründung der einzelnen Sätze schloß er mit dem Wunsche, ohne sich in Einzelfragen zu verlieren, das große Ganze im Auge zu behalten, um praktische Arbeit zu leisten und die Agitation für unsere Grundsätze wirksamer zu gestalten.

Der zweite Referent, Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt, der die sozialpolitischen Leitsätze erörterte, gab zu den einzelnen Punkten die notwendigen Erläuterungen, wobei er namentlich diejenigen Momente einer besonderen Begründung unterzog, in denen ein Abweichen von der früheren Stellungnahme zu erblicken ist. Er beschäftigte sich insbesondere mit der Frage des zehnstündigen Maximalarbeitstages, mit dem 8 Stundentage für die in Eisenhütten und im Bergbau beschäftigten Arbeiter, mit dem Ausbau der Arbeitslosenversicherung, die im Prinzip Aufgabe der Berufsorganisationen bleiben müsse, und mit der Frage der Arbeits- bzw. Arbeiterkammern.

Eine überaus rege, sich stets im Rahmen strengster Sachlichkeit haltende Diskussion schloß sich an die beiden Referate. Abgesehen von einzelnen, nicht prinzipiellen Fragen, zeigte sich volle Einmütigkeit und das Bestreben, auf dem gezeigten Wege zu versuchen, die Organisation vorwärts zu bringen. Das Resultat der Aussprache waren folgende Leitsätze:

1. Prinzipielle Leitsätze.

Wir erstreben die Hebung der Arbeiterklasse zur Selbständigkeit und Gleichberechtigung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung. Zu diesem Zweck arbeiten wir mit an einer organisatorischen Reform dieser Ordnung durch Selbsthilfe und Staatshilfe.

Wir gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß der Arbeiterstand sich in einer unerfreulichen Lage befindet durch seine unsichere und unselbständige Existenz als Lohnarbeiter. Wir wollen dem Arbeiter innerhalb des Vorkontraktverhältnisses eine gesicherte Existenz erkämpfen. Der Aufbau der dazu nötigen Organisationen ist nur zu erreichen durch die Werbung und Entwicklung eines begeisterten Standesbewußtseins, das bereit ist, Opfer zu bringen.

Wir scheiden uns von den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch den Grundgedanken der parteipolitischen Neutralität und dadurch, daß wir an Stelle des grundsätzlichen Klassenkampfes und der marxistischen Forderung des Kollektivgenusses in erster Linie die Vereinbarung mit den Arbeitgebern in Form von Tarifverträgen setzen und uns auf nationalen Boden stellen.

Wir scheiden uns von den christlichen Gewerkschaften durch den Grundgedanken der religiösen Neutralität, den wir unverändert hochhalten. Wir scheiden uns von ihnen, indem wir glauben, daß nur auf dem Boden politischer und geistiger Freiheit der Kampf der Arbeiter für Selbständigkeit und Gleichberechtigung zum Erfolge führen kann.

Wir scheiden uns von allen Organisationen gelben Charakters durch die Erkenntnis, daß beide Produktionsfaktoren sich getrennt und in voller Unabhängigkeit von einander organisieren müssen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Arbeiterfrage nicht nur eine Massenfrage ist, sondern weitmehr von großen Zeitidealen getragen wird, deren Wirkung in jedem Arbeiter erste Pflicht der Organisation ist. Als diese Ideale betrachten wir:

1. Das nationale Ideal.
2. Das Ideal sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft, des Schutzes der Schwachen gegen die Starken.
3. Das Ideal geistiger und politischer Freiheit und Selbstverwaltung.
4. Das Ideal ethischer Erleuchtung und Hebung des Einzelmenschen zu wirksamem Mitarbeiter in der Gesamtheit.

2. Sozialpolitische Leitsätze.

Wir fordern von den Unternehmern:

die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Regelung und Befestigung der Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den beiderseitigen Organisationen mit Sicherung eines Mindestvertrages, gleichberechtigte Mitwirkung bei Erzielung von Tarif- und Einigungsämtern, fortschreitende Verbesserung der Löhne und Verfürung, der Arbeitszeit bis auf längstens 8 Stunden, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft.

Gleiche Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit.
Zährlichen Ferienurlaub aller Arbeiter und Angestellten unter Fortzahlung des Lohnes.
Gleichberechtigte Verwaltung aller Wohlfahrtskassen durch Arbeiter und Unternehmer.

Wir fordern zunächst vom Staat:

zehnstündigen Maximalarbeitstag für alle Industrie- und Handarbeiter, achttündigen Maximalarbeitstag für alle Arbeiter der schweren Industrie (Eisen, Hütten, Bergbau), sowie der chemischen Industrie, Glas- und Spiegelfabrikation und für alle Konstruktionsstellen.
Schutz der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit.

Ausbau der Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung), insb. besondere Ausdehnung auf die Hausindustrie. Errichtung einer Witwen- und Waisen-

versicherung. Ausbau der Arbeitslosenversicherung durch die Gewerksvereine unter Mitwirkung der Gemeinden nach dem Benter System.

Volle gleichberechtigte Selbstverwaltung aller Versicherungsanstalten durch Unternehmer und Arbeiter. Freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, freies Vereins- und Versammlungrecht, Arbeiterkammern und Reichsarbeitsamt, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Obligatorische Schiedsgerichte für alle Arbeitsstreitigkeiten mit Verhandlungszwang. (Genf. r System.)

Ausdehnung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf alle Gemeinden bzw. Bildung solcher für mehrere Gemeinden oder Kommunalverbände. Gefegliche Einführung des Verhältniswahlsystems zu allen politischen Wahlen.

Rechtliche Regelung des Tarifvertragswesens. Verbesserung der Volksschule. Erleichterung des Besuchs höherer Schulen für Unbemittelte. Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.

Beseitigung aller indirekten Steuern auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsgüter.

Zum Anschluß daran fand eine Aussprache statt über die geplante Beamtenpensionskasse. Dazu erstattete Kollege Klein ein kurzes Referat, in dem er einleitend einen Überblick über den Entwicklungsgang dieser Frage gab und die finanziellen Grundlagen eingehend erörterte. Wenn die beteiligten Beamten und Gewerksvereine die Kosten der Versicherung zu gleichen Teilen zu tragen gewillt wären, so ließe sich bei gutem Willen wohl etwas Gutes schaffen, damit diejenigen, die ihre besten Kräfte dem Dienste für die Organisation geopfert haben, im Alter oder für den Fall der Invalidität vor Not bewahrt bleiben. In der Diskussion wurde allgemein die Notwendigkeit der Gründung einer Pensionskasse anerkannt. Die gebotenen Unterlagen aber konnten noch nicht als genügend angesehen werden. Es wurde daher von einer bestimmten Beschlussfassung in dieser Frage abgesehen und angeregt, angeht es der in diesem Jahre stattfindenden Delegiertentage einer Anzahl der größeren Gewerksvereine daselbst die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und sie zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Im Anschluß daran soll dann verhandelt werden, eventuell bis zum 1. Oktober d. J. die Gründung einer Beamtenpensionskasse zu vollziehen.

Die Verhandlungen des zweiten Tages begannen mit einem Referat des Kollegen Hartmann über die Erweiterung der Bildung der Beamten und Mitglieder. Redner erblickte darin eine der wichtigsten Aufgaben der Organisationen. Die Ausbildung muß in praktischer und theoretischer Richtung geschehen. Dazu sei es vor allem erforderlich, daß die Beamten das praktische Leben kennen und zu beurteilen vermögen. Nur solche Mitglieder, die diesen Anforderungen entsprechen, seien für einen Beamtenposten geeignet. Natürlich sei es ebenso notwendig, daß sie durchdrungen sind von den Idealen unserer Organisation und gewillt, für diese Ideale den Kampf zu führen. Aber auch diese Vorbereitungen genügen nicht. Die Erfahrung habe gelehrt, daß es nicht immer zweckmäßig ist, einen so ausgestatteten Kollegen gleich hier oder dorthin zu setzen. Es sei vielmehr zweckmäßig, daß derselbe erst einige Zeit in der Hauptverwaltung beschäftigt werde, um diese in ihren verschiedenen Zweigen kennen zu lernen und von den älteren, in der Agitation erfahrenen Kollegen die nötige Unterweisung zu erhalten.

In theoretischer Hinsicht muß die Ausbildung der Beamten dahin gehen, daß sie mit den Bestimmungen der Statuten, der Geschäfts- und

Rassenordnung auf genaueste vertraut werden. Sie müssen auch Gelegenheit haben, ihre allgemeinen Kenntnisse zu bereichern. Das aber ist Aufgabe der Hauptleitungen der einzelnen Gewerksvereine. Indefsen die beste Ausbildung nützt nichts, wenn nicht gleichzeitig der Geist der Disziplin in den Kollegen gepflegt wird, um diesen auch auf die Mitglieder übertragen zu können. Im Interesse der besseren Vertiefung und Einbettlichkeit spricht sich Redner für Konferenzen der Redakteure und geschäftsführenden Beamten aus, sobald sich ein solches Bedürfnis herausstellt, dagegen kann er sich von der Einberufung von Bezirkskonferenzen der Ortsvereine keinen Erfolg versprechen. Auch diesem Referate folgte eine überaus angeregte Diskussion, die mit der Annahme folgender Leitsätze endigte:

1. Die Verbandsleitung wird beauftragt, nach Bedarf und zur Beratung allgemeiner, prinzipieller und tatsächlicher Fragen, sowie zur Verrichtung einer einheitlichen Leitung innerhalb der Gewerksvereine, Konferenzen der Gewerksvereinsredakteure und der Redakteure unserer Provinzpresse einzuberufen.

2. Zum gleichen Zweck sind auch gemeinsame Konferenzen der geschäftsführenden Beamten der einzelnen Gewerksvereine zu veranstalten, die eventuell mit den Konferenzen der Redakteure verbunden werden können.

Die Kosten der Beschäftigung dieser Konferenzen tragen die einzelnen Gewerksvereinsklassen, für die Provinzpresse der Verlag.

3. Die Ausbildung der Außenbeamten ist Sache der einzelnen Gewerksvereine selbst. Die Verbandsleitung soll jedoch auf Anruf der Generalräte hierbei mitwirken.

4. Die Verbandsleitung wird beauftragt, im Herbst und Winter 1908 die Ortsverbände aller Landestelle zu Bezirkskonferenzen zusammenzuführen.

Diese Bezirkskonferenzen sollen verhandeln:

I. Das neue Gewerksvereinsprogramm des Verbandstages.

II. Die jetzt festgelegten Leitsätze, soweit sich dieselben zur öffentlichen Besprechung eignen.

Ueber jeden dieser Punkte soll ein Referat gehalten werden mit anschließender Diskussion.

Jeder Ortsverband hat das Recht und die Pflicht, zu der Konferenz seines Bezirks bis zu drei Delegierte auf seine Kosten zu entsenden.

Die Kosten der Einladung trägt die Verbandskasse. Ebenso fließt die Verbandsleitung die Referenten.

5. Die Verbandsleitung wird beauftragt, Dispositionen zu Vorträgen über agitatorisch wirkende Fragen, soweit sie das allgemeine Interesse betreffen, auszuarbeiten, dem Zentralrat zur Genehmigung vorzulegen und an alle in der Agitation stehenden Beamten zu versenden.

6. Die Verbandsleitung wird ersucht, bei volkswirtschaftlichen Kursen die von dritter, neutraler Seite abgegeben werden, zeitigen Einfluss auf die Gestaltung der Lehrpläne zu gewinnen und geeignete Gewerksvereiner zum Besuch solcher Kurse zu veranlassen, eventuell ihnen einen Kostenzuschuß zu zahlen, um einen Refraktierungskamm für Beamte zu gewinnen.

7. Die Verbandsleitung wird ersucht, die Herausgabe einer Serie billiger Broschüren zu veranlassen, die alle wichtigen Gewerksvereinsfragen in populärer Weise behandeln und dazu nötigenfalls auch geeignete Mitarbeiter aus der Weltweit heranzuziehen.

8. Die Verbandsleitung wird ersucht, eine Serie Flugblätter herauszugeben und den Vereinen zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen. Die Flugblätter sollen die Stellung der Gewerksvereine zu wichtigen, allgemeinen Fragen behandeln und Agitationsmaterial enthalten.

9. Die Gewerksvereinsleitungen werden ersucht, auf den Delegiertentagen ihrer Gewerksvereine Referat und Aussprache zu sehen über das Thema: Die Stellung der Gewerksvereine im öffentlichen Leben. Einen Referenten dazu stellt auf Antrag die Verbandsleitung.

Das Referat über die Beteiligung an sozialen Wahlen hatte der Kollege M. Schumacher (Lischler) übernommen. Er führte aus, daß bei diesen Gelegenheiten vielfach eine zu geringe Betätigung unserer Mitglieder zu beobachten sei. Hiemalen würden auch die Vorbereitungen nicht ausreichend getroffen. Auch sei es vorgekommen, daß, wenn ein Ortsverband die Beteiligung beschlossen hat, dieser oder jener Ortsverein dennoch nicht mitgemacht habe. Auf diese Ursache sei häufig der ungünstige Ausgang zurückzuführen. Wenn dann nachher auf die Laune der Mitglieder gescholten wird, so ist der Sache damit nicht gedient. Viel wichtiger sei, daß nach einem Mißerfolge die Mitglieder sich aufrufen und sofort daran denken, die Vorbereitungen für die nächste Wahl zu treffen. Freilich seien wir anderen Organisationen gegenüber auf diesem Gebiete im Nachteil, da wir in der Minderheit sind und keine so wirksame Presse hinter uns steht. Trotzdem darf auf den Wettbewerb bei den Wahlen zum Gewerksgericht, den Krankenkassen usw. nicht verzichtet, vielmehr muß versucht werden, überall dort Einfluss zu gewinnen. Redner schildert dann das Gefährliche der Kompromisse mit anderen Organisationen. Wenn Kompromisse abgeschlossen werden, so könne das nur geschehen mit konfessionellen oder politischen Arbeitervereinen, wie sie beispielsweise

in Bayern bestehen. Eine Beteiligung sei selbst bei einem vorausgehenden Mißerfolge unter allen Umständen zu empfehlen. Wird nichts erreicht, dann muß um so energischer für das nächste Mal vorgearbeitet werden. Redner empfahl kurz die vorgeschlagenen Leitsätze, die in folgender Fassung Annahme fanden:

Den Ortsverbänden und Ortsvereinen wird eine entschiedene Beteiligung an Gewerksgerichts-, Kaufmannsgerichts-, Krankenkassen-, Gefellenausschuss- und Zünftschiedsgerichtswahlen zur Pflicht gemacht.

Bei allen Wahlen ist zunächst ein selbständiges Vorgehen zu empfehlen. Ausnahmen hiervon sind, sobald es sich um Mitglieder verschiedener Gewerksvereine handelt, mit Zustimmung der Verbandsleitung zulässig.

Die Durchführung des Verhältniswahlsystems ist, soweit es nicht schon geschehen, rechtzeitig vor der Wahl bei der zuständigen Stelle zu beantragen.

Die Ortsverbände werden ersucht, Wahlsonds einzurichten.

Kollege Hahn, der das Referat über den nächsten Punkt der Tagesordnung, betreffend das Zusammengehen mit anderen Organisationen, übernommen hatte, knüpfte an die Ausführungen der Vorreferenten an. Mit der öffentlichen Betätigung und der Teilnahme an sozialen Wahlen sei es allein nicht getan. Es müsse vielmehr versucht werden, die weitere Definitivität stets und ständig auf uns aufmerksam zu machen und für die Gewerksvereinsideen zu interessieren. Dazu sei es notwendig, daß ein scharfer Strich gezogen wird zwischen Indifferentismus und Neutralität. Es müsse aber auch ein Austausch der Erfahrungen stattfinden mit allen deutschen Arbeiterorganisationen, die wie die Gewerksvereine auf freiheitlich-nationalem Boden stehen. Redner faßte seine Ansichten zusammen in folgenden Leitsätzen, die auch von der Konferenz einstimmig angenommen wurden:

Unsere Stellung zu anderen Organisationen und den von ihnen veranstalteten Kongressen wird im allgemeinen bitter durch deren Verhalten und den Grad des Entgegenkommens, den die Deutschen Gewerksvereine und deren Bestrebungen bei ihnen finden. Die Deutschen Gewerksvereine unterstützen alle Vereinigungen, deren Zweck darauf gerichtet sind, dem Gemeinwohl zu dienen und deren Tendenzen den Grundfragen der Deutschen Gewerksvereine nicht entgegenstehen, wie Gewerks- und Wirtschafts-, Konsum- und Bauernvereine, Volksbildungsvereine, hygienische pp. Kongresse, ebenso lokale Veranstaltungen für Arbeitsschweizer, Rechtsauskunft, Kinder- und Jugendfürsorge und viele andere gleichartige.

Die Deutschen Gewerksvereine erblicken in allen Vereinigungen, welche die geistige, materielle und ethische Förderung und Hebung unserer gesamten Volksgemeinschaft, die Pflege der nationalen und sozialen Ideale sich zur Aufgabe gemacht haben, ihre Bundesgenossen und erachten es als ihre Pflicht, diese Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen. Diese Unterstützung gewähren sie in der Voraussetzung, daß sie entsprechend gewürdigt und gewertet werden.

Diese grundsätzliche Stellung der Deutschen Gewerksvereine wird auch durch ihr Verhalten gegenüber den Organisationen gegenüber nicht geändert. Wo in gewerblichen Streitfällen, bei Lohnkämpfen und ähnlichen Vorgängen in einzelnen Fällen aus tatsächlichen Rücksichten ein gemeinsames Handeln im Verein mit gegnerischen Organisationen zweckmäßig erscheint, darf dies nur unter ausdrücklicher Wahrung und Anerkennung der Selbständigkeit der Gewerksvereine geschehen.

Im Anschluß daran wurden dann noch ohne Diskussion folgende allgemeine Ratschläge für Presse, Versammlungen usw. angenommen.

Wir müssen deutlicher als bisher unsere in dem Gewerksvereinsprogramm und den prinzipiellen Leitsätzen niedergelegten Prinzipien in den Vordergrund stellen und durch fortwährende Besprechung derselben unsere Mitglieder erziehen.

In Diskussionen mit den Gegnern sollen wir vornehmlich darauf dringen, daß die Auseinandersetzungen auf dem Boden der beiderseitigen Prinzipien stattfinden.

Alle erzielten Erfolge, auch kleinere, sollten fortwährend in unserer Presse registriert und in Versammlungen ohne Uebertreibungen vorgetragen werden.

Wir müssen den Kampfesmut und die Opferwilligkeit unserer Mitglieder zu steigern suchen, was besonders durch öfter wiederholte Aufträge in der Presse zu geschehen hat.

Wir sollen mit befreundeten Organisationen Hand in Hand arbeiten, mit ihnen und gegenseitig Mitglieder zuweisen und sie in unserem Sinne eifrig zu beeinflussen suchen.

Wir sollen die Entwicklung unserer Provinzpresse fördern und die Mitglieder, insbesondere die Vorstände auf die Benutzung der Lokalpresse zu kurzen Berichten usw. hinweisen.

Die Ausbildung eines guten Vertrauensmännerapparates ist eine Lebensfrage für die Gewerksvereine. Die Generalräte sollen genau spezialisierte Anweisungen darüber an ihre Vereine gelangen lassen.

Die Verbandsleitung soll den Ortsverbänden regelmäßig Anregungen und Materialien zugehen lassen für vorzunehmende sozialpolitische Arbeiten (Eingaben, Versammlungen, Diskussionskreise, Arbeitsekretariate usw.).

Damit war die Tagesordnung erledigt. Nachdem noch Kollege Schmidt-Dörhagen Gelegenheit genommen hatte, den anwesenden Generalrats-

vertretern für die anlässlich des Todes Bernhard Hammachers an den Tag gelegte Teilnahme zu danken, ergriff Kollege Hartmann das Wort zu einer kurzen Schlussrede. Er dankte für das bedeutende Interesse, das der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch die gefassten Beschlüsse ein rascherer Fortschritt möglich sein werde und hob hervor, daß durch die Konferenz der Wille ausgesprochen sei, mehr als bisher an die Öffentlichkeit zu treten und zu zeigen, daß die Deutschen Gewerksvereine eine gesunde und lebenskräftige Organisation sind. Möge ein jeder Konferenzteilnehmer in diesem Sinne wirken. Mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf den Verband der Deutschen Gewerksvereine wurde sodann die Konferenz geschlossen.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine und die Maschinenfabrik Augsburg.

Unter diesem Titel bringt die „Wehr“, das Organ der gelben Organisationen in Augsburg und Umgebung, in ihrer Nr. 4 vom 25. Januar dieses Jahres einen Leitartikel über Verhandlungen, die zwischen den Beamten unseres Gewerksvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter und der Leitung der Maschinenfabrik Augsburg stattgefunden haben.

Wir haben hierzu folgendes zu bemerken:

Es wurde uns mehrfach von Augsburg berichtet, daß unsere Gewerksvereinskollegen in der Maschinenfabrik Augsburg, die nicht zu der gelben Organisation übertritten wollen, von ihren Vorgesetzten gedrückt, in ihren Löhnen herabgesetzt und an schlechtere Arbeitsplätze gestellt worden seien; mit einem Wort, die Berichte lauteten einmütig dahin, daß die Gewerksvereiner solange bearbeitet werden, bis sie entweder die Fabrik verlassen, oder zu den Gelben übertritten.

Die Leitung unseres Gewerksvereins hielt es daher für ihre Pflicht, an den maßgebenden Stellen vorstellig zu werden, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Sie hielt es ferner für ihre Pflicht und wird das auch in Zukunft tun, überall dort, wo die Gewerksvereinskollegen im Kampf um ihr Koalitionsrecht bedrückt werden, die geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, um diesen Druck abzuwenden. Aus diesen Gründen unterbandelte Kollege Gleichauf zuerst mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in Berlin, von wo aus die Verbindung mit der Maschinenfabrik Augsburg hergestellt wurde. Wir erhielten von dem Verband Deutscher Metallindustrieller in Berlin die Mitteilung, daß unsere Informationen nicht richtig seien und daß von der Leitung der Maschinenfabrik Augsburg nichts geschehe, um die Gewerksvereiner zu bedrängen. Eine von uns nachgesuchte Unterredung wurde von der Augsburger Maschinenfabrik zu der Zeit abgelehnt.

Die Klagen über Bedrückung unserer Kollegen verstummen jedoch nicht. Fast täglich erhielten wir neue Nachrichten hierüber, die den Generalrat veranlassen, den Kollegen Hartmann nach Augsburg zu senden, um dort die geeigneten Schritte einzuleiten; einmal, um die Sache gründlich zu untersuchen und zweitens, um eine Vermittlung mit der Augsburger Maschinenfabrik anzubahnen.

Die „Wehr“ veröffentlichen nur einen Teil des Briefes, den Kollege Hartmann an die Augsburger Maschinenfabrik geschickt hat, vergißt aber dabei, daß in dem Brief ferner gesagt wurde, die an Ort und Stelle, das heißt also in Augsburg, eingezogenen Erkundigungen ließen erkennen, daß in der Tat ein solcher Druck von Beamten des Werkes den Gewerksvereiner gegenüber ausgeübt wird. Der Bericht der „Wehr“ vergißt weiter zu sagen, daß die Kollegen Hartmann und Rieger in der Lage waren, unter Namensnennung der Beteiligten den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen.

Richtig ist, daß die Leitung der Maschinenfabrik Augsburg die Kollegen Hartmann und Rieger anhörte, im Beisein des Protocollisten Herrn Wieser, der die Verhandlungen teilweise stenographisch aufnahm. Das Stenogramm ist aber insofern nicht richtig, weil die Erwiderung des Kollegen Hartmann auf die von Herrn Direktor Dr. Guggenheimer erfolgten Ausführungen unvollständig und einseitig wiedergegeben sind. Richtig ist allerdings, daß Kollege Hartmann Herrn Direktor Guggenheimer für die Gewährung der Unterredung gedankt hat. Das erfordert die allereinfachste Höflichkeit und darin liegt auch gar nichts besonderes. Dagegen ist die Art, wie der Kollege Hartmann die Stellung der Gewerksvereine den Arbeitgeber gegenüber gekennzeichnet hat, nicht so wiedergegeben worden, wie sie die „Wehr“ veröffentlicht. Gewiß hat Kollege Hartmann den alten Gewerksvereinsgrundsatz auch in jener Unterredung betont, daß die Gewerksvereine in erster Linie eine friedliche Vereinbarung mit dem Arbeitgeber auf dem Boden völliger Gleichberechtigung (die hier geliperten Worte sind in dem Bericht der „Wehr“ nicht enthalten) erstreben. Es ist darauf hinzuweisen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen dem beschie-

aus Kollege Hartmann gesagt hat und was die Wehr" schreibt.

In dem Berichte der „Wehr“ heißt es weiter, Hr. Hartmann beurteile durchaus die Art und Ausdrucksweise der Angriffe, welche in der Hirsch-Duncker'schen Zeitung „Die Wacht“ über Arbeitgeber und gelbe Arbeitervereine gemacht wurden. Beschimpfungen seien zu verwerfen. Hier vergißt der Berichterstatter einen ganz wesentlichen Punkt, den Hartmann besonders und mit Nachdruck hervorgehoben hat. Wichtig ist, daß Hartmann alle Beschimpfungen verurteilt hat; er hat aber auch ausdrücklich betont, daß die Arbeiter aller Richtungen im Jahre 1905 durch die Arbeitgeber ausgebeutet und somit in eine Kampfesstellung hineingedrängt wurden, in der die Worte nicht nach Hüllschleierformen abgewogen worden sind und in der die Arbeiter aller Organisationen den ihnen aufgewungenen Kampf gemeinsam führen mußten.

Durch das Weglassen dieser Ausführungen hat die „Wehr“ den Boden der objektiven Berichterstattung verlassen, eine einseitige Wiedergabe der Verhandlungen veröffentlicht und dadurch bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, das Recht der Arbeiter anzuerkennen. Und wenn dann schließlich eine nach der Unterbrechung in der Gewerkevereinszeitung „Die Wacht“ enthaltene Wiedergabe des Sozialpolitikers Dr. Kötter in Erlangen über die gelben Gewerkschaften als unsachlich hingestellt und am Schluß erklärt wird, daß unter solchen Umständen in Augsburg die Hirsch-Duncker'schen in ihrer Angriffsweise den Sozialdemokraten auch künftig nicht nachsehen würden, so gestatten wir uns hierzu die Bemerkung, daß diese Anschauung künstlich hervorgerufen ist, um die Arbeitgeber gegen die organisierten Arbeiter scharf zu machen. Der Schreiber jenes Artikels in der „Wehr“ wird zur gegebenen Zeit die Früchte seiner Ministerarbeit ernten.

Zum Schluß wollen wir für heute nur noch bemerken, daß wir jede Art von Terrorismus verurteilen, ganz gleich, ob derselbe von irgend einer Arbeiterorganisation gegen die andere ausgeübt wird, oder ob die Arbeitgeber, beinflusst durch einseitige Berichterstattung ihrer Beamten, einen solchen Terrorismus auf diejenigen Arbeiter ausüben, die von dem ihnen gesetzlich gewährtesten Recht der Koalition Gebrauch machen.

Uebrigens zeigt auch dieser Vorgang, wie gefährlich die gelben Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung sind und wie seitens gewisser Unternehmer kein Mittel als zu schlecht angesehen wird, wenn es gilt, ihnen auf Kosten der wirklichen Arbeiter-Organisationen Vorteile zu verschaffen.

Allgemeine Hundschau.

Dienstag, 28. Januar 1908.

Ein Verbandstag deutscher Gewerbevereine soll am 28. und 29. August d. J. in Jena abgehalten werden. Die Tagesordnung, die dort erledigt werden soll, ist überaus reichhaltig und interessant. Außer mit dem Geschäftsbericht will man sich mit folgenden Fragen beschäftigen: „Gefährdung und Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; Die Konkurrenzklause; Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter; Ueberweisung von Rechtsstreitigkeiten vom Gewerbegericht an das Kaufmannsgericht und umgekehrt; Das Recht des Arbeitszeugnisses; Angliederung der Schlichtungskommission an die Einigungsämter; Vertretung vor dem Einigungsamt; Die Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“.

Da eine große Menge von Gewerbetreibenden als Gewerbegerichtsbeisitzer tätig ist, hier und da unsere Kollegen sogar die Mehrheit der Gewerbegerichtsbeisitzer bilden, möchten wir sie ganz besonders auf diese Tagung aufmerksam machen und ihnen raten, zu versuchen, als Vertreter zum Verbandstage entsandt zu werden. Sie können dort nur lernen.

Eine Abänderung des preussischen Einkommensteuergesetzes hat im Abgeordnetenhaus die Zentrums-partei beantragt. Die Regierung wird nämlich aufgefordert, die Bestimmungen des § 19, welcher die Grundlage für Steuerermäßigungen schafft, dahin auszubauen, daß die Grenzen, innerhalb deren Steuerermäßigungen vorgesehen worden sind, erweitert werden und daß der pro Kopf der unterhaltungsbedürftigen Familienangehörigen abzugsfähige Betrag von 50 Mk., den Kosten der Lebenshaltung entsprechend, wesentlich erhöht und die Zahl der Familienangehörigen mehr berücksichtigt wird. Für die durch diese Abänderung bedingten Steuererhöhlungen soll durch eine schärfere Ausgestaltung der Progression der Steuern ein Ausgleich geschaffen werden.

Die freikonservative Partei hat sich diesem Antrage angeschlossen und will für seine Ueberweisung zur Berücksichtigung eintreten. Wir sind der Meinung, daß der Antrag nicht weit genug geht, und müssen darauf bestehen, daß, wenn eine Abänderung des preussischen Einkommensteuergesetzes vorgenommen wird — und eine solche ist unbedingt notwendig —, diese

zu geschehen hat im Sinne der vom Zentralrat an das Abgeordnetenhaus abgeordneten Petition.

Die vom sozialdemokratischen Parteivorstande vorgenommenen Einigungsversuche zwischen zentral- und lokalorganisierten Gewerkschaften dürften endgültig als gescheitert angesehen werden. Wohl hatten sich hier und da einzelne Besuche für den Anschluß an die Zentralverbände erklärt. Man konnte aber bei den diesbezüglichen Verhandlungen beobachten, daß stets erhebliche Minderheiten gegen eine Verschmelzung vorhanden waren und daß gerade die Vertreter der größten Vereine von einem Anschluß an die Zentralverbände nichts wissen wollten.

Wäre in den lokalistischen Gewerkschaften die Stimmung für den Anschluß vorhanden, so hätte die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, d. h. gewissermaßen der Verband dieser lokalistischen Organisationen aufgelöst werden müssen. Zur Beschlussfassung darüber hat vergangene Woche in Berlin ein Kongreß stattgefunden, der sich mit überwältigender Majorität gegen die Auflösung der Freien Vereinigung ausgesprochen hat. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die Mehrheit der Lokalisten den Anschluß an die Zentralverbände abgelehnt hat.

Die sozialdemokratische Partei wird nun wohl oder übel Stellung gegen die Widerpenstigen nehmen müssen. Da bekanntlich nirgends die Beschränkung der Meinungsfreiheit so groß ist, wie in jener Partei, darf wohl angenommen werden, daß die Anhänger dieser Gewerkschaften aus der Partei ausgeschlossen werden. Dessen sind sich diese auch bewußt, und es ist bereits auf dem Kongreß ein gemeinsamer Massenausschritt aus der sozialdemokratischen Partei angekündigt worden. Da wird den Radikalen das Herz aber bluten; denn gerade die Lokalisten sind bisher noch stets in jeder Weise verhässelt worden.

Macht geht vor Recht. Wohl nirgends wird dieser Grundsatz konsequenter durchgeführt als in der Sozialdemokratie und den mit diesen verbundenen „freien“ Gewerkschaften. Das ist wieder einmal zum Ausdruck gekommen gelegentlich der Beratung eines Antrages unseres Ortsverbandes Jena auf Einführung der Verhältniswahl beim dortigen Gewerbegericht. Dieser Antrag stand auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung und wurde in ausgereicherter Weise begründet von unserem Verbandskollegen Kollegen Löpfer vom Ortsverein der Schneider, der seit der letzten Wahl Mitglied des dortigen Gemeindefollegiums ist. Er trat für Annahme des Antrages ein, weil damit nicht nur „ein Gebot der Notwendigkeit, sondern auch der ausgleichenden Gerechtigkeit“ erfüllt würde. Einen anderen Standpunkt nahmen die beiden sozialdemokratischen Vertreter zu dem Antrage ein. Sie verhielten sich ablehnend gegen die Erfüllung ihrer eigenen Programmforderung und kränkten sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung des Verhältniswahlsystems. Mit den nichtislagendsten Aus-sichten suchten sie ihre Verlegenheit zu entschuldigen. Dabei paßte dem einen von ihnen, dem „Genossen“ Ueber, der als Reichstagskandidat bei der letzten Wahl doch eigentlich für die Forderung seines Programms eintreten müßte, eine Entgegnung, die man sich merken muß. Vathejlich rief er nämlich in die Versammlung hinein: „Bilden Sie sich nach Rheinlands-Bestfallen, wo die Christlichen die Macht haben; dort geht die brutale Macht vor Recht. Da können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir auf der anderen Seite auch so handeln“.

Wirklich ein nettes Geständnis! Wir wollen nicht unteruchen, ob die Christlichen in Rheinland-Bestfallen tatsächlich die brutale Macht üben. Uns kommt es darauf an, festzustellen, daß ein sozialdemokratischer Führer offen das Geständnis ablegt, daß für seine Partei die brutale Macht vor Recht geht. Das ist zwar nichts Neues, verdient aber doch immer wieder einmal selbstenagelt zu werden, als Charakteristik für die Freiheit, wie sie die „Genossen“ meinen.

Auch die Gegenüberstellung der beiden Anschauungen ist interessant. Der Vertreter der Deutschen Gewerbevereine verteidigt den Grundgeden der ausgleichenden Gerechtigkeit, derjenige der „freien“ Gewerkschaften das Prinzip der brutalen Gewalt. Besser können die beiden Richtungen in der Arbeiterbewegung gar nicht gefenegenannt werden.

Genügt hat den beiden Zielbewegungen ihre Opposition übrigens nicht. Gegen ihre 2 Stimmen wurde der Antrag unseres Ortsverbandes vom Gemeindefollegium angenommen.

Arbeiterbewegung. Die auf den 27. Januar festgesetzte Konferenz für die Holzindustrie in Leipzig ist auf Anfang März verschoben worden, da die vorbereitenden Verhandlungen bisher noch nicht zum Abschluß gelangt sind. — Bei der Firma E. & C. Körner in Danzig ist ein Streit der Tischler ausgebrochen, da die Firmeneigener die

durch Tarif vereinbarte Lohnerhöhung um 2 Pfg. pro Stunde zu zahlen sich weigern und die mit den Verhandlungen beauftragten Arbeiter vom Fabrikhof wieslen. — Wegen Lohnabzüge sind in der Maschinenfabrik und Eisengießerei Ulrichs & Hinrichs in Rath die Former, Kernmacher und Puffer in den Ausstand getreten. — Auf den Dapleszen-Werken in Weißwasser haben die Glasarbeiter wegen einer angekündigten Lohnreduzierung die Abfindung eingereicht. — Die Weber des sächsisch-thüringischen Industriebezirks haben mit Rücksicht auf die unglünstige Konjunktur beschlossen, ihre Lohnforderungen einstweilen zu vertagen. — Wegen Maßregelung einiger Kollegen sind die Tischler der Schulbank- und Möbelfabrik von Uhlmann in Gera in den Ausstand getreten. Die Lackierer und Anstreicher haben sich den Streifenden angeschlossen. — Auf den Norddeutschen Eisen- und Stahlwerken in Oberschöneweide sind die Former in den Streit getreten, da seitens des Direktors Böttcher trotz gegenteiliger Vereinbarungen erhebliche Akkordabzüge gemacht worden sind.

An der Südwestküste Englands stehen gegen 6000 Schiffarbeiter im Streit, der größere Ausdehnung anzunehmen droht.

Ihr Charakteristik der „reichstrennen“ Arbeiter dient ein Bericht über die Generalversammlung der Unterstützungskasse des Verbandes reichstreuere Arbeiter in Magdeburg, den wir in der „Magdeburgischen Zeitung“ finden. Nachdem dort einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht angeführt sind, erklärte ein Amtsgerichtsrat, der überhaupt in jenem Verbands eine große Rolle zu spielen scheint, daß auch die Arbeitgeber Magdeburgs in hochherziger Weise Mittel zur Verfügung gestellt haben, um die erhöhten Unterstüngen in Kraft treten zu lassen. Die Arbeiter sollten nun aber auch den Arbeitgebern beweisen, daß sie treu zu ihnen stehen und ihre Schuldigkeit tun wollten, damit die Industrie auf der Höhe bleibt. Im Anschluß hieran brachte Herr Claus den Arbeitgebern ein Hoch.

Diese wenigen Worte zeigen auf das Deutlichste, was Gektes Kind jener Verband reichstreuere Arbeiter ist. Er ist eine gelbe Organisation, die von der Gnade der Unternehmer lebt. Daß von einer Vertretung der Arbeiterinteressen da nicht die Rede sein kann, liegt klar auf der Hand. Im Gegenteil, die Tatsache, daß die Arbeitgeber es sich immerhin ein schönes Stück Geld kosten lassen, um die Unterstützungseinrichtungen dieses Verbandes und damit diesen selbst zu fördern, ist ein Beweis, daß sich die Sache lohnt, daß die „Reichstrennen“ nicht für die Arbeiter, sondern für die Unternehmer gegründet worden sind. Der Arbeiter, der seine Interessen vertreten will, muß sich also jener Vereinigung fernhalten, und dafür sorgen, daß Aufklärung über ihr wahres Wesen verbreitet wird.

Verein für Volksunterhaltungen. Die 363. Veranstaltung findet am Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr im Beethoven-saal statt. Es werden mitwirken: Frau Marg. Brieger-Balm und Herr Eugen Brieger, Gesang (Nieder und Duette), Herr Dr. Gustav Wolf (Regitation), Fräulein Eugenie Stolz (Violoncello).

Gewerkevereins-Teil.

Petersdorf i. M. Am 12. Januar hielt unser Ortsverband seine erste Versammlung ab, die erfreulicherweise gut besucht war. Nach Beratung der Protokolle wurde zunächst dem bisherigen Ausschuß Dank und Entlassung ausgesprochen und dann zur Vorstandswahl geschritten. Einstimmig wiedergewählt wurden die Kollegen Breit als Vorsitzender, Krebs als Schriftführer, Hallmann als Kassierer, Kluge-Petersdorf und Honsalek-Hermsdorf als Revisoren. Da der Ortsverein Petersdorf nicht vertreten war, mußten einige Verbandsangelegenheiten zur nächsten Sitzung, die am 29. März in Giersdorf stattfinden soll, vertagt werden. Nachdem Kollege Breit nach der verstorbenen Mitglieder gedacht hatte, wurde der Tätigkeitsbericht des Ortsverbandes erstattet. Derselbe erledigte seine Geschäfte in 2 kombinierten, 6 Vorstand- und 4 Delegierten-sitzungen, 4 Verbands- und 1 Bezirk-versammlung. Auf der letzten referierte Kollege Schö d. Eigenly über die Ideale und praktischen Zwecke unserer Organisation. Am 1. Dezember fand eine öffentliche Versammlung in Hermsdorf statt, in welcher Kollege Goldschmidt-Berlin über die Aufgaben der Deutschen Gewerkevereine sprach. Die Zahl der Mitglieder beträgt am Ende des Jahres 209. Erwähnt zu werden verdient, daß Kollege Entmann in die Steuerermäßigungs-kommission und in den Vorstand der Kreiskrankenkasse für gewerbliche Betriebe, Kollege Paul Schmidt von den Arbeitnehmern als Vertreter zur Kreiskrankenkasse gewählt worden ist. (C. Krebs, Ortsverbands-schriftführer.)

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Leipzig-West.

Der Ortsverband Leipzig-West stand im Jahre 1907 unter dem Zeichen des ziemlich heftigen Konjunkturumschwunges innerhalb der gesamten deutschen Industrie,

lowe einer festen Zusammenziehung aller Kräfte und strengen Organisation.

Wir hatten in diesem Jahre 14 Vertreterkongresse und 7 Ortsverbandversammlungen, in welchen 4 Vorträge gehalten wurden. Zwei hielt Kollege Sauer, der einmal über den Verbandstag Bericht erstattete. Einen Vortrag hielt Kollege Schner über die „Sächsische Gewerkevereins-Zeitung“.

Das vierte Referat hatte Kollege Krause übernommen. Er sprach über: „Unsere heutige Entwicklung“.

Auch wurde für die Ausbildung der Kollegen Sorge getragen. Es wurde ein Diskutterklub gegründet und später ein Stenographie-Kursus veranstaltet.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß das neue Jahr unsrerem Ortsverbande gute Erfolge bringt.

Richard Sahnert, Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverband Mühlberg-Selb.

Der Ortsverband besteht zurzeit aus zwei Vereinen: Stuhlarbeiter Mühlberg und Selb mit einer Mitgliedszahl von 114. Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in einer ordentlichen Generalversammlung zu Mühlberg und zwei Sitzungen in Selb.

wird. Wenn dies der Fall sein soll, müssen alle Kollegen ihre ganze Kraft einsetzen zur Förderung und Stärkung der Organisation und kampfbereit eintreten für das Wachsen des Ortsverbandes Mühlberg-Selb.

Verbands-Teil.

An die Ortsverbands-Vorstände!

Die Einfindung der Adressen der für das Jahr 1908 gewählten Vorstandsmitglieder der Ortsverbände sollte bis zum 10. Januar erfolgt sein.

Die Vorstandsmitglieder der Ortsverbände werden nunmehr dringend aufgefordert, diejenigen Ortsverbandschrisftführer, welche die Adressenformulare noch nicht eingelebt haben, an die Erfüllung ihrer Pflicht zu mahnen und sie anzuhalten, umgehend die Formulare ausgefüllt einzusenden.

Falls Veränderungen der Herbergslokale und der Arbeitsnachweise stattgefunden haben, sind selbige zwecks Aufnahme in das Ortsverbands-Adressenverzeichnis ebenfalls nach hier anzumelden.

Mit Gewerkevereinsgruß!

F. Neufeldt, Verbands-Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandsbüreau der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswaldstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr.

8 Uhr im Verbandsbüreau, Greifswaldstr. 222. Delegiertenwahl. Berichte u. u. - Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abds. 8 1/2 Uhr, Siedtstr. 50. F.-D.: Vortrag des Kollegen Kauer. Wahl des Kandidaten zum Delegiertenkongress.

Gleiwitz. Eisenbahner. Sonntag, 2. Februar nachm. 3 Uhr im Bahnhof zur Eisenbahn. Vortrag des Kollegen Böhm über: „Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung und die Wahlen dazu“.

Orts- und Medizinalverbände. Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Schulte-Wattler, Diskutterstunde.

Köln-Deutz (Maschinenbau- und Metallarbeiter). 30. Meier, Vorsitzender, Wilhelm (Rhein), Windmühlenstr. 141.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verband der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dunker).
In unserem Verlage ist erschienen:
Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde
von
Karl Goldschmidt,
Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Verbands-genossen
kauft
niemals nach  8 Uhr abends
und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Achtuhrabendeschlusses.

Zur Arbeiterssekretariate, Auskunftstellen usw.
Zur Anschaffung empfohlen und vom Verbandsbüreau zu beziehen gegen vorherige Einfindung des Betrages:
Eintragbücher für die Statistik
Form. D Nr. 1 für etwa 200 Auskünfte 0,50 Mf.
Form. D Nr. 2 " " " 500 " 0,80
Form. D Nr. 3 " " " 1000 " 1,60
Formulare für Unfall- und Invalidenfällen.
Form. A für Berufungsschriften
Form. B " Refurt- bzw. Revisionschriften | 50 Stk. 0,75 Mf.
Personalienfragebogen.
Form. C. 50 Stk. 0,50 Mf., 100 Stk. 1,00 Mf.

Frauen, Töchter und Schwestern
unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die
Frauen-Vergnügungskasse
des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Flugblätter und Material versendet das Verbandsbüreau:
Berlin NO. 55, Greifswaldstr. 221/223.

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüzung bei Carl Müller, Greifswaldstr. 2, Ecke Oberlaugasse.

Hohen Nebenverdienst
kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehme, durchaus nicht-antossige Weise erwerben. **J. Emil Andrae, Potsdam 41.**
Eisen (Wuhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungstatten im Gewerkevereinsbüreau, Post-Allee 16.
Wahren. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe, Benfischergraben 34.
Machberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgehalt bei Oskar Gehlert, Birner Straße 28a, II. I.
Geisingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper, Hauptstraße 48.
Gannau i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pfg. bei Gust. Uder, Große Dorfstr. 14.
München-Gladbach (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Reiseunterstützung beim Verbandsgeheimen J. Krahl, Gartenbrodstr. 144. Arbeitsnachweis: Hüppersbenderstr. 144.
Hoch- und Niebutecher. Bad-Kunst u. Malbeschäftigter, Elektrotechn. 2, Bergbau, Gussereitechn. station, Lokomotivführung, Kesselschlosserei, Stückbearb. u. Steinbearbeitung nach d. Schiffsbauverfahren. Syst. Kapseln Hartblei Glas. Besondere Beschäftigungen Besondere Prospekt. auch u. Anerkennungsbeschein. gratis.
Bonnes & Nachfeld, Potsdam L.